

# Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 0.60 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandbindungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Wolfsbau) Aufgang Boder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelt gespaltene Kleinzeile 0.50 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einblendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Wolfsbau). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 39 Sonnabend, den 27. September 1924

28. Jahrgang

## „Nach sechzig Jahren.“

Im Heft 5 „Gewerkschafts-Archiv“ bringt dessen rühriger Herausgeber, Karl Zwing, eine Abhandlung mit obiger Ueberschrift, die verdient, von den Gewerkschaftsmitgliedern eingehend gelesen zu werden:

„In diesem Monat, am 28. September, vollenden sich 60 Jahre seit der Gründung der ersten Internationalen, der „Internationalen Arbeiterassoziation“. Die Gründung wurde beschlossen in einer Versammlung, die am 28. September 1864 in St. Martins Hall in London stattfand. In dieser Versammlung wurde ein Komitee gewählt, das den Antrag bekam, provisorische Statuten und eine Prinzipienklärung auszuarbeiten. Diesem Komitee gehörte neben Engländern, Franzosen, Italienern Karl Marx an. Verschiedene Entwürfe lagen diesem Komitee vor, darunter ein Entwurf des Italieners Mazzini, der aus der Internationalen „eine Art Zentralregierung der europäischen Arbeiterklasse“ machen wollte“. Nach Widerständen setzte sich aber Marx schließlich vollständig durch und wurde mit der Abfassung der Prinzipienklärung und der Statuten beauftragt.

Die Prinzipienklärung (in der Literatur unter dem Titel Inauguraladresse bekannt) war eine Art Rückblick auf die Schicksale der Arbeiterklasse seit 1845, eine Feststellung des damaligen Standes der sozialen Lage der arbeitenden Klassen mit Ausblicken, wie die soziale Lage des Proletariats zu seinen Gunsten verändert werden konnte. In der Prinzipienklärung wie auch in den Statuten wurde der Arbeiterklasse zum erstenmal gesagt, welche große Bedeutung der Gewerkschaftsgedanke für die Befreiung der Arbeiterklasse hat, daß der ökonomische Befreiungskampf wichtiger ist denn der politische, und daß dieser Kampf nicht lokal, nicht national, sondern international geführt werden muß. Aus diesem Gedankensystem heraus heißt es dann auch folgerichtig in der Einleitung zu den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation:

„In Erwägung, daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung als Mittel unterzuordnen ist.“

Es ist derselbe Geist, der dann zwei Jahre später auch den ersten Kongreß der Internationalen in Genf (1866) beherrschte. Von den vier dort angenommenen, von Marx verfaßten Resolutionen über die soziale Lage behandelt die vierte die Gewerkschaftsfrage. Es heißt auch darin, daß die Gewerkschaften neben den Tageserfordernissen, die auf Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit gerichtet seien, bewußterweise zu „Brennpunkten der Organisationen der Arbeiterklasse“ werden müßten, um ihre vollständige Emanzipation herbeizuführen.

Marx betrachtete den wirtschaftlichen Kampf und die wirtschaftliche Befreiung als den springenden Punkt (den Brennpunkt) der Klassenbewegung des Proletariats. Und dieser Kampf muß von den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, den Gewerkschaften, geführt werden. Daher ordnete er den politischen Kampf dem wirtschaftlichen unter. Die Richtigkeit dieser These zeigt unsere heutige Zeit auffällig. Ist durch die Entkämpfung der freiesten politischen Demokratie das Arbeitsleben der lohnarbeitenden Schichten irgendwie grundsätzlich verändert worden? Niemand wird dies behaupten wollen. Daher sehen heute auch immer mehr lohnarbeitende Schichten ein, daß nur, wenn die politische Demokratie durch die Wirtschaftsdemokratie ergänzt bzw. unterbaut wird, eine wirkliche Veränderung des Arbeitsdaseins herbeigeführt werden kann. So hat jetzt in unserer Zeit der Kampfabschnitt erst begonnen, den Marx nach seinen Ueberlegungen über die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und der Bedeutung des Proletariats innerhalb der modernen Gesellschaft den Gewerkschaften vor 60 Jahren mit der Inauguraladresse und der Internationalen Arbeiterassoziation übertrug. Marx eilte damit seiner Zeit voraus. Das internationale Proletariat war in den 60er Jahren sich weder seiner Lage noch seiner Bedeutung in der Wirtschaft bewußt. Am fortgeschrittensten war noch das englische Arbeiterium. Aber auch die notwendige theoretische Schulung zu den in der Inauguraladresse und den Statuten der Internationalen niedergelegten Erkenntnissen und die aus diesem zu folgernden Kampfmethoden fehlten auch hier. Die französischen Arbeiter stellten um diese Zeit in einer Vorstellungswelt kleinbürgerlicher Revolutionsromantik und die deutschen Arbeiter waren nach der der 48er Zeit folgenden Reaktionsperiode eben erst im Begriff, zu neuem politischen und organisatorischen Leben zu erwachen. Das deutsche Proletariat war um diese Zeit in seinem inneren Wesen auch noch viel zu unentwickelt und seelisch unausgeglichen, um die schwierige Problematik des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses zu überblicken und in der Veränderung dieser Wirtschaft ihre wirkliche Emanzipation zu sehen. Ihm lag der politische Kampf um Gleichberechtigung viel näher und der Lassalessche Ruf nach dem freien allgemeinen Wahlrecht mußte daher ein viel größeres Echo in den Massen finden als der Ruf von Marx, daß wirkliche Befreiung nur von der wirtschaftlichen Seite zu erwarten und der große Endzweck die „ökonomische Emanzipation“ sei. Noch belastet von Handwerk und Kunst glaubte auch mancher Arbeiter mit dem Wahlrecht und politischen Rechten an eine Rückkehr zu handwerklicher Selbstständigkeit. Das Bewußtsein der Klasse im allgemeinen, und das Bewußtsein der historischen Mission der Arbeiterklasse in der gesellschaftlichen Entwicklung im besonderen, war nur erst in einem kleinen Kreise intelligenter Persönlichkeiten vorhanden. Die wirtschaftlichen Probleme lagen für die damalige, geistige Entwicklung der Arbeiterklasse viel zu kompliziert, daß sie von dieser in ihrer Mehrheit übersehen werden konnten, und das marxistische Gesetz, daß nur durch eine Veränderung des wirtschaftlichen Unterbaues jeder Gesellschaft auch der politische, kulturelle und ideologische Ueberbau verändert werden kann, und daß die Wirtschaft das Primat, während Politik, selbst der Staat, das sekundäre Element ist, dürfte im allgemeinen bei den Arbeitern noch unbekannt gewesen sein.

Aus diesem Milieu heraus ist es durchaus verständlich, daß die Arbeiter den viel einfacher gelagerten politischen Problemen ein größeres Interesse entgegenbrachten. War es nicht so einfach und einleuchtend, wenn Lassalle den Arbeitern sagte, daß, wenn

man den vorhandenen 70 bis 80 Prozent proletarischen Zeniten das allgemeine gleiche Wahlrecht verschaffte, diese dann mit dem Hebel des Stimmzettels und der Gesetzgebung soziale Fragen lösen könnten. Aber selbst auf dem viel einfacher gelagerten Gebiet der Politik waren die Arbeiter aller Länder zur Zeit der Internationalen Arbeiterassoziation noch sehr unselbständig. In Frankreich konnte der Staatsstreicher Louis Napoleon zur Zeit, wo die Internationale Arbeiterassoziation die ökonomische Emanzipation forderte, trotz der revolutionären Traditionen der französischen Arbeiter, ohne Bangen leben; in England fingen sogar die Trade Unions an, sich von den geistigen Ausstrahlungen der Charitativbewegung abzulösen, um sich den Liberalen zu nähern. Eine Bewegung, die von den englischen Arbeitern bald nach 1870 vollendet wurde und sie politisch und wirtschaftlich auf mehr als ein Menschenalter aufs engste mit den Liberalen verknüpfte. In Deutschland stand es um diese Zeit mit der politischen Selbstständigkeit nicht anders. Die Arbeiterklasse war in sich selbst noch nicht ausgeglichen, hatte sich als Klasse noch nicht konstituiert und ließ sich nach ihrem politischen Erwachen in den 60er Jahren zunächst als ein Anhängsel bürgerlicher Parteien gebrauchen. Klassische Stätten dieser politischen Unselbständigkeit waren die Arbeiterbildungsvereine in den 60er Jahren. Langer Kämpfe bedurfte es, bis es August Bebel gelang, einen Teil dieser Arbeiterbildungsvereine für den Sozialismus zu gewinnen.

Doch wenn der Aufruf Marx' durch die Internationale Arbeiterassoziation an die Arbeiterwelt keine nachhaltigeren Folgen hatte, so waren es auch noch andre Ursachen als politische Unmündigkeit und wirtschaftlich-geistige Anreife. Gesellschaftliche Entwicklung erhält bald von der Wirtschaft, bald von der Politik her die Antriebe, wobei die Wirtschaft immer eine Weltereife hinter der Politik folgt. Wirtschaftlich standen die letzten 60 Jahre im Zeichen weiteren Reifens des kapitalistischen Systems, ohne an das letzte Stadium heranzukommen. In der Politik ging der Kampf dagegen nach mehrhundertjähriger Entwicklung um den Schlußakt des demokratischen Systems. Bei allen Entwicklungen zeigen sich nach Weltgesetz in den Schlußakten die geringsten Widerstände. So war es auch bei dem System der politischen Demokratie. Und da auch in der Gesellschaftsentwicklung das physikalische Gesetz der Schwere zutrifft, d. h., daß die Entwicklung in der Richtung des geringsten Widerstandes verläuft, so dürfte es erklärlich sein, daß die aufstrebende Arbeiterklasse dort den Kampf aufnahm, wo in Anbetracht der Lage und des Standes der Entwicklung die größten Erfolge winkten. Das war auf dem Gebiete der Politik. So konnte die deutsche Arbeiterklasse auch in den letzten 60 Jahren, trotz mancher Rückschläge, Erfolg auf Erfolg buchen, um dann 1918/19 der formalen politischen Demokratie den letzten Schlußstein zu setzen.

Bei diesen erfolgreichen politischen Kämpfen wurde die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Emanzipation im Sinne Marx' immer mehr übersehen. Ja, es gab, beeinflusst durch große politische Stimmzettel-Erfolge, Zeiten, wo man die Gewerkschaften, die nach Marx die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse durchzuführen haben und daher als die Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse anzusehen seien, keine Bedeutung beimah, ja, sie direkt als überflüssig bezeichnete. Es sei nur an die Zeit nach dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Partei 1890 erinnert und die Debatten auf den verschiedenen der folgenden Parteitage. Selbst ein August Bebel ließ sich durch die Stimmzettel-Erfolge blenden und auf dem Parteitage in Erfurt (1891) trat dies drastisch in Erscheinung, wo Bebel in einer Polemik gegen v. Dollmar ausführte:

„Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren Untergang los, daß wir den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben. Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diesen Tag nicht erleben werden.“

Wenn auch im Laufe der Jahre diese politischen Illusionen verträuchten und die Arbeiter ihre wirtschaftlichen Vertretungen wieder mehr beachteten und förderten, so waren aber die Gewerkschaften noch längere Zeit, von wenigen Ausnahmen abgesehen, geistig und in prägnanter Zeitverhältnissen entsprechend ganz den Ideologien der politischen Organisation der Arbeiterklasse unterworfen. Auch die seit der Jahrhundertwende einsetzende Verfestigung der Gewerkschaften änderte an der geistigen Gesamtaufassung über die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sehr wenig. Man glaubte mehr oder weniger mit der Ergreifung der politischen, mit der politischen Stimmzettel-Demokratie, die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse verändern zu können. Daher auch die gewaltige Enttäuschung und Verwirrung in der Arbeiterklasse, als man ein sah, daß mit der politischen Formal-Demokratie die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht wesentlich verändert waren. Was dann weiter geschah, waren Verzweiflungsakte einer riesig enttäuschten Masse. Man wollte mit Gewalt erzwingen, was die organische Entwicklung noch versagt hatte.

Nach Jahren weiterer Gärung dürften wir uns heute in dem Stadium befinden, daß immer weitere Kreise der Arbeiter, aber auch anderer Lohn- und Gehaltsempfänger mehr und mehr begreifen, daß nur eine grundsätzliche Veränderung des Arbeitsdaseins herbeigeführt werden kann, wenn zu der politischen Formal-Demokratie die wirtschaftliche Demokratie hinzutritt. In den Zeitabschnitt, mit seinen geistigen und technischen Zwischenwelten, in dem die Gleichberechtigung auch in der Gesamtwirtschaft herbeigeführt werden soll, dürften wir eingetreten sein. Die politische Entwicklung ist mit der formalen Demokratie zunächst zu einem gewissen Abschlusse gekommen, der viel schwierigere und kompliziertere Kampf um die Wirtschaft beginnt. Wie dieser verläuft und in welchem Tempo, dürfte davon abhängen, welche wirtschaftlichen und geistigen Qualitäten die Arbeiter zu entwickeln vermögen. Das Tempo der Entwicklung wird zur Qualitätsfrage werden, denn das Majoritätsprinzip, das Gesetz der rohen Kraft und der großen Zahl, wird in der feineren komplizierten Wirtschaft verlagert. So wird die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zur großen gewerkschaftlichen Zeitfrage. Und in diesem System kommt auch dem Vorschlag des Genossen Engelbert Graf an anderer Stelle der Nr. 5 des „Gewerkschafts-Archivs“, die Vorbereitung nach einer gewerkschaftlichen Kulturmark, erhöhte Bedeutung zu.

Was Marx vor 60 Jahren in der Inauguraladresse, den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation und den Resolutionen des Genfer Kongresses der Arbeiterklasse zumutete, ist im Geschichtsverlauf durch eine politische Zwischenwelt unterbrochen worden, aber unumstößliche Wahrheit ist geblieben, daß die ökonomische Emanzipation den großen Endzweck der Kämpfe der Arbeiterklasse bilden muß. Die Gewerkschaften, so sagte Marx vor 60 Jahren, sind die „Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse“ und sie werden nach Marx diese Endkämpfe führen müssen.

## Erleichterung der Wirtschaftskrise?

Ende August hat die deutsche Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht. Sie hat einen katastrophalen Umfang angenommen. Der Kohlenbergbau, der Kali- und Erzbergbau, die Süßmilchindustrie, aber auch sämtliche übrigen Industriezweige lagen danieder. Für den Monat Juli meldeten sechs große Organisationen 29,4 Prozent der erfassten Mitglieder als Kurzarbeiter und 13,8 Prozent als Vollarbeitslose. Im Monat August hat sich aber die Lage noch weiter verschlechtert. Die Belegschaft des Ruhrbergbaues verringerte sich von zirka 560 000 auf etwa 460 000, das heißt um 100 000. Die Zahl der Feiertagslosen wurde immer größer. Die Zahl der Vollarbeitslosen wurde im Monat August auf über 600 000 geschätzt. Die Kurzarbeit war aber durchweg vorherrschend. Nun wird in den Berichten einzelner Handelskammern eine gewisse Erleichterung gemeldet. Die Nachprüfung dieser Angaben entzieht sich unserer Kontrolle; insbesondere ist es uns nicht möglich festzustellen, ob die ungeheure Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit etwas zurückgegangen sind. Wir können aber die einzelnen Tatsachen, die zur Verschärfung der Wirtschaftskrise beitragen, daraufhin prüfen, ob inzwischen in bezug auf dieselben wesentliche Veränderungen, die das Konjunkturbild beeinflussen, eingetreten sind.

In erster Linie war für die Wirtschaftskrise die ungünstige Preisentwicklung sowohl für den Rückgang des inneren Verbrauchs wie in bezug auf die Ausfuhr verantwortlich. Wie stellt sich heute das Bild dar? Der Preisabbau konnte auch im August keinen Fortschritt machen, ja, im Gegenteil war eine Preissteigerung zu verzeichnen. Ende August betrug die Großhandelsverkaufspreise der „Frankfurter Zeitung“ 132, ungefähr soviel wie Ende Mai. Gegenüber dem Höchststand der Warenpreise Ende April mit 146 Prozent des Friedensstandes ist der Preisrückgang nicht bedeutend genug. Die Getreidepreise, aber auch die andern Lebensmittelpreise sind gestiegen, ebenso die Preise für die meisten ausländischen Rohstoffe. Die Lebenshaltungskosten blieben unverändert. Die Mieten betragen im Reichsdurchschnitt ungefähr 70 Prozent der Vorkriegsmiete. Die Ernährung war dagegen um 22 Prozent, Bekleidung um 42 Prozent, Heizung und Beleuchtung um 41 Prozent teurer als vor dem Krieg. Im ausländischen Warenverkehr waren die Preise ohne Zweifel niedriger. Die Industrie hat für das Inland höhere Preise berechnet als für das Ausland. Mit andern Worten, sie hat „Warendumping“ getrieben. Dieser Preisunterbietung gegenüber der Auslandskonkurrenz ist es zu verdanken, daß die Handelsbilanz im Monat Juli zum erstenmal in diesem Jahr wieder einen Ausfuhrüberschuß zeigte, wenn auch nur in einem geringen Ausmaß. (17 Millionen Goldmark.) Bekanntlich war bis Ende Juni ein Einfuhrüberschuß im gewaltigen Betrag von 1,6 Milliarden Goldmark vorhanden, ein Zustand, der auf die Dauer nicht zu halten war. Im Monat Juli ist die Einfuhr um 200 Millionen Goldmark zurückgegangen, die Ausfuhr um 100 Millionen gestiegen. Der Rückgang der Einfuhr entfällt aber zum größten Teil auf Rohstoffe (statt 303 Millionen im Juni wurden im Juli nur für 198 Millionen Rohstoffe eingeführt). Es fragt sich, ob die Ausfuhr in den folgenden Monaten ohne Schleuderkonkurrenz sich erhöhen kann. Dies hängt mit einer gesunden Preisentwicklung, die statt Dumping durch die Veränderung der Kostenelemente der Produktion wirken soll, und mit der Gewinnung ausländischer Absatzmärkte zusammen.

Daß die Preise trotz der niedrigen Löhne, deren Anteil an den Produktionskosten viel geringer ist als vor dem Krieg, hoch sind, daran waren die Geld- und Kreditknappheit, die ungeheuren Zinsen, ein unrichtiges Steuersystem, die hohen Frachtsätze, nicht zuletzt auch eine unter den gegenwärtigen Verhältnissen unzureichende Organisation der Industrie schuld. In bezug auf diese Punkte sind manche Änderungen eingetreten.

Die Krise des Geld- und Kreditmarktes ist heute etwas gehindert und dürfte in Zukunft weitere Erleichterungen erfahren. Die Reichsbank hält auch heute noch an den Kreditbeschränkungen fest. Indessen können sich die Banken leichter bewegen und ohne große Kassenbestände halten zu müssen Kredite gewähren. Allerdings können nur Firmen ersten Ranges Kredite erhalten. Die Erziehung der neuen Reichsbank und die 800-Millionen-Anleihe sollen bald neue Zahlungsmittel in den Verkehr bringen. Dies wird, selbst wenn die Reichsbank sich bestrebt, eine neue Inflation zu verhindern, aus geldtechnischen Gründen erfolgen, ja es besteht die Möglichkeit, daß wir es für einige Zeit tatsächlich mit einer neuen Inflation zu tun haben werden. Hinzu kommen die ausländischen Privatkredite. Vorerst sind diese nur noch spärlich vorhanden — die Finanzierung der Zuderausfuhr durch eine amerikanische Privat-anleihe und die Kreditkredite waren die wichtigsten —, doch sollen große amerikanische Privatkredite bald gewährt werden. Man rechnet von 90 Millionen Dollars. Bei der großen Geldfülle und dem niedrigen Zinsfuß in Amerika ist dies wohl zu erwarten. Die Kreditzinsen, welche die deutsche Wirtschaft tragen muß, werden jedoch weiter hoch bleiben und nur allmählich mit der völligen Wiederherstellung der Kreditfähigkeit Deutschlands wieder sinken. Die Produktion wird durch diese Zinsen auch in der Zukunft verteuert. Der teure Kredit wirkt nachteilig auf die Löhne zurück; zugunsten des Finanzkapitals müssen diese geschmälert werden, was auf der andern Seite zum weiteren Nachlassen der Kaufkraft und zur Abschwächung des inneren Marktes beiträgt. Wichtig sind noch die hohen Frachtsätze. Sie standen Ende August immer noch bedeutend höher (durchschnittlich um 12 Prozent) als die Großhandelspreise. Die Regierung hat eine Ermäßigung der Frachtsätze zugesagt. Indessen können diese infolge des Sachverständigenplans nicht wesentlich ermäßigt werden. Man könnte aber wenigstens

\* Siehe Kautsky, Karl Marx, Die Inauguraladresse. S. W. Diez Nachf. 1922.

einen Ausgleich zwischen den Frachtsätzen der einzelnen Warengruppen schaffen, welche gegenwärtig sehr ungleichmäßig behandelt werden. Die Umsatzeuer, welche für die Teuerung zum Teil verantwortlich ist, wurde immer noch nicht ermäßigt. Nach einer Regierungsvorlage soll sie um ein halbes Prozent herabgesetzt werden — eine recht ungenügende Ermäßigung. Sie ist aber unentgeltlich mit der Hochschulzulage verknüpft worden und soll erst später erledigt werden. Um die Rolle der Umsatzsteuer zu messen zu können, müssen wir wissen, daß im Voranschlag für das laufende Finanzjahr beinahe ein Viertel der gesamten Staatseinnahmen auf die Umsatzsteuer entfällt, und daß in den ersten vier Monaten des Finanzjahres (April bis Juli) bereits die Hälfte der Summe (578 Millionen), die für ein ganzes Jahr aufgebracht werden soll (1260 Millionen), erreicht wurde. In diesen Zahlen, wie auch in den übrigen Reicheinnahmen, kommt auch die ungerechte Verteilung der Lasten zum Ausdruck. Die Steuern auf Vermögen und Erbschaft haben ganz geringfügige Summen gebracht, ein Viertel — ein Viertel des sehr bescheidenen Voranschlags. Die Lohnlage ist im Monat August ungefähr die gleiche geblieben, freilich hat sich die Lage der Lohnarbeiter infolge der Kurzarbeit sehr wesentlich verschlechtert. — In organisatorischer Hinsicht war die Industrie bestrebt, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Der Zusammenschluß von Industriebetrieben macht weitere Fortschritte. Nur erfolgt es in der letzten Zeit nicht durch vertikale Konzentrationen, sondern durch horizontale, das heißt durch Zusammenfassung gleichartiger Betriebe. War die vertikale Konzentration die Folge der billigen Reichsbankkredite und der Angst um ausreichende Rohstoffversorgung (wobei allerdings noch die Ersparnisse an Umsatzsteuern hinzukamen), so ist der Zweck der neuerlichen horizontalen Konzentration, welche zuweilen in Form von „Interessengemeinschaften“ zustande kommt, neben Preis- und Absatzpolitik eine Standardisierung der Produktion in die Wege zu leiten. In organisatorischer Hinsicht sollen das Abkommen des deutschen Kalisyndikats mit dem esch-lothringischen für die Belieferung Amerikas, die Pläne des Stinneskonzerns für die Schaffung eines europäischen Filmtarfs und zur Herstellung von Kleinautos erwähnt werden. Für beide Industriezweige hat sich die Stinnesgruppe neuerdings bedeutende Unternehmen angegliedert.

Neben diesen Faktoren ist für die Wiederbelebung der deutschen Ausfuhr die Handelspolitik, die von Deutschland verfolgt wird, von großer Bedeutung. Die Wege der Handelspolitik sind heute viel schwieriger als zuvor; überall in der Welt herrscht der Geist der Abspernung. Die ausländischen Märkte werden durch Hochschulzölle verperzt. Ist es eine richtige Handelspolitik, wenn sich auch Deutschland mit Zollmauern umgibt? Man sagt, die hohen Schutzzölle sind notwendig, damit man bei den Handelsvertragsverhandlungen mit andern Ländern durch Herabsetzung der Zölle Zugeständnisse erreichen kann, die ohne diese Waffe nicht zu erhalten wären. Dieser Weg ist aber äußerst bedenklich. Er kann letzten Endes zu einer weiteren Abspernung, zur Erschwerung der Verhandlungen, schließlich aber, selbst im Fall einer gewissen Herabsetzung der Zölle, zur übermäßigen Verteuerung der inländischen Produktion und des Verbrauchs sowie zur Steigerung der arbeitslosen Gewinne führen.

### Berufliches aus alter Zeit.

(Bruchanlage, Gebrauch des Eisenseils zum Sprengen, Pflastersteinmachen, Steinseherarbeit.)

Verhandelt Magdeburg, den 19. Dezember 1799.  
Erschien auf Vorladung der Steinseher Nicolas, und ward von Unterschriebenen, dem ihm erteilten Auftrag gemäß, wegen der von ihm eingereichten Vorlesung, in welcher er sich zu einer neuen und vorteilhafteren Art, sowohl des Brechens der Steine in den Steinbrüchen, als auch des Sehens derselben, erbot, näher vernommen.  
Er ward nun von Unterschriebenen sowohl über die Fehler befragt, welche er bei der Behandlung der hiesigen Steinbrüche, und beim Pflastern bemerkt habe, als auch darüber in wie fern er nach seiner Behandlungsart von diesem Verfahren abgehe, und aus welchen Gründen er dies für vorteilhafter halte.

Seine Erklärung ging nun dahin, man habe sich bisher in den hiesigen Steinbrüchen bloß des Sprengens mit Pulver bedient, um die Steine von dem Hauptfelsen abzulösen und in kleine anwendbare Stücke zu zertheilen, und sey dabei folgendermaßen verfahren:  
Auf eine Entfernung von etwa 6—7—8 Fuß vom Rande des Felsens habe man ein Loch von etwa 18 Zoll tiefe und 1 Zoll in der Weite gehohlet, ohne dabei Rücksicht auf die Lage des Steinganges zu nehmen, und sogar ohne dem Felsen den gehörigen Abraum zu verschaffen; so daß beim Springen der Stein ohne Ordnung und meistens in kleine, unregelmäßige Brocken, abgesprungen sey. Nach seiner Art aber müsse zuerst dem Felsen der gehörige Abraum geschafft werden, sodann nachdem der Gang des Steines genau beobachtet worden, derselbe auf einer Entfernung von 8—10—12 Fuß vom Rande, so angebohret werden, daß man mit dem Faden des Steinganges und nie gegen denselben sprengt, die Bohrlöcher müßten bis auf 8 Fuß Tiefe und 2 Zoll Weite gemacht werden, auch dem Befinden der Umstände nach 2 sogar 3 Löcher gehohlet mit Pulver gefüllt, und zu gleicher Zeit gesprengt werden. Wenn dies genau befolgt würde, so müßte man jedesmal große regelmäßige Stücke vom Felsen ablösen, welche alle nach dem Faden des Steines gingen, und mit leichter Mühe in kleinere, ebenfalls regelmäßige Stücke von gleicher Größe getheilt werden könnten. Um dies zu bewerkstelligen bediene er Comparent (das Wort kommt im Protokoll noch mehrere Male vor, es bedeutet: „Der vor Gericht Erscheinende“). Red. Steinarbeiter) sich nun eiserner Reile eines Instrumentes, dessen Gebrauch die hiesigen Steinbrecher gar nicht kannten. Ein solcher Reil habe etwa 9—10 Zoll Länge, 3—4 Zoll breite, und 1½—2 Zoll dicke im Kopfe, um diese Reile anzubringen müßten nun in dem groß-abgesprengten Stein in einer beliebigen Entfernung vom Rande jenseit dem groß- oder klein-Steine bedürfe, in einer geraden Linie nach dem Faden des Steines von Fuß zu Fuß Vertiefung eingehauen werden, in welche man die Reile setze, und sie mit dem Hammer gleichmäßig hineintriebe bis sie den Stein sprengten; auch dieses Sprengen müsse beständig regelmäßig erfolgen, so daß die Steine auf der obern- und untern Seite parallele grade Flächen erhielten, und könne man den Stein auf diese Art so lange in die Länge und Breite theilen, bis er die gewünschte Größe habe. Noch in kleinere Theile zerhauen er sie mit seinem Hammer, welcher etwa 5—6 Pfund schwer sei und 2 scharfe Kanten habe, in eine jede ihm gefällige Richtung.

Auf diese Art verfähre man in seinem Vaterlande, und würden die Steine in den Brüchen, welche von derselben Art als die hiesigen wären, so regelmäßig geschlagen, daß man sich derselben, ohne sie aber viel behauen zu dürfen, beim Bauen der Häuser vorzüglich zu Thürschwällen und Einfassungen und um die Ecken fest und solide zu machen bediene, kurz sie da gebrauchte, wo man hier Sandstein nenne, welche aber bei weitem nicht so fest und dauerhaft als jene wären.

Die kleineren Steine, deren man sich zum Bauen nicht bedienen könne, und welche auch noch von verschiedener Größe obgleich meistens von einer Dide ausfielen, und beständig meistens eine

\* Ein amtliches Vernehmungsprotokoll, das uns vom Kollegen A. Knoll, dem sich aus Anlaß seiner Geschichtsschreibung für die Steinseherbewegung viele städtische Archive bereitwillig öffneten, zur Verfügung gestellt wurde.

### Bericht des Intern. Steinarbeitersekretariats vom 1. Juli 1923 bis 30. Juni 1924.

Unser Bericht beschränkt sich auf die administrativen Arbeiten des Sekretariats und weist nur soweit auf einzelne Länder, als in deren bisherigen Berichterstattung die hier angeführten Verhältnisse nicht berührt wurden oder aber es im Interesse der Gesamtübersicht liegt, einen kurzen Hinweis auf bestimmte Situationen zu geben.

Wir wollen das Klagebild ungenügender Berichterstattung hier nicht mehr wiederholen, nur darauf verweisen, daß seitens des Sekretariats die Vierteljahrsberichte immer verfaßt wurden, wenn auch mitunter mit Verspätungen, was allerdings aufs Konto gemahnter Landesverbände zu schreiben ist.

Es wäre wiederholt erwünscht gewesen, statistisches Material zu sammeln und den Organisationen zu unterbreiten, aber wenn man bei jeder Umfrage, bei jeder Berichterstattung immer drei- und viermal mahnen muß, um das Gewünschte doch nicht oder nur teilweise zu erhalten, so schwindet der Mut, die Berichterstattung noch mehr zu befehlen. Es ist dies zwar sehr bedauerlich, aber leider zutreffend.

Die abgelaufene Periode war in allen Ländern eine Zeit der Gegenrevolution der Kapitalistenklasse, welche die Arbeiter in allen Ländern zur Verteidigung zwang. Glauben doch die Unternehmer und ihre Helfershelfer den Zeitpunkt für gekommen, um den weiteren Vormarsch der Arbeiterklasse zu verhindern. Speziell handelte es sich darum, die weitere Entwicklung der sozialen Gesetzgebung zum Stillstand zu bringen und den vordem anerkannten Achtstundentag resp. 48-Stundenwoche wieder zu beseitigen. Im Zeichen dieser Reaktion mußten sich notgedrungen alle Organisationen wieder zusammenfinden und für innere Befestigung und notwendige Abwehrleistung besorgt sein. Wir können mit Freuden feststellen, daß mit Ausnahme Italiens in allen andern Ländern die abgelaufene Periode dasjenige nachholte, was die Verhältnisse vorhergehender Jahre zertrümmert hatten.

Wichtig ist dabei, hinzuweisen auf die Entwicklung der Kunststein- und Eisenbetonindustrie, welche die Steinindustrie teilweise verdrängten, teilweise reduzierte Produktion veranlaßten. Die allgemeine Geldentwertung hat der Spekulation Tür und Tor geöffnet; des weiteren hat sich eine billige Bauart hervorgerufen und zum größten Teil das Bestreben nach Schaffung von Baudentmalern verunmöglicht. In der Frage, welchen Zeitraum von Jahren das heutige Bausystem andauern wird, möchten wir uns nicht zum Prophezeien dokumentieren lassen.

Diese wirtschaftlichen und auch beruflichen Änderungen in den verschiedenen Ländern haben viel beigetragen, das durch den Krieg genährte gegenseitige Mißtrauen gnäzlich zu beseitigen. Wir fühlen uns wieder seelisch international.

Die Fusionsbestrebungen zu Bauarbeiterverbänden in den einzelnen Ländern haben ihren Stillstand gefunden. Und wenn auch einige Landesverbände, wie in Frankreich, England und Spanien erklärt wurde, daß sie nur noch mit der Bauarbeiter-Internationale verkehren werden, so konnte damit kein Einfluß auf unsere Internationale ausgeübt werden, viel weniger noch ein Zwang zur internationalen Fusion. Von diesen Ländern am allerwenigsten, haben wir doch wenig von internationalem Gesüh bei ihnen bisher bemerkt.

Mit dem Gedanken einer weiteren Gegenseitigkeit oder Kartellierung mit der Bauarbeiter-Internationale hatten wir uns nie zu befassen, da während der ganzen Periode nicht das geringste er-

sichtlich war, daß dies überhaupt von der Bauarbeiter-Internationale gewünscht werde. Mit Ausnahme der Einladung zu dem letzten Kongress in Stockholm sind wir in keiner Art und Weise irgendwie bedacht worden.

Wir werden eine solche Fusion begrüßen, aber sie darf nicht durch Zwang oder durch Drohung diktiert werden, sie darf auch nicht vom Gedanken ausgehen, als ob der Große den Kleinen befehlen möchte. Sie kann nur auf dem Boden gemeinsamer Zusammenarbeit und gegenseitiger Respektierung vor sich gehen.

Die Finanzverhältnisse unserer Steinarbeiter-Internationale haben mit dem internationalen Zusammengehörigkeitsgefühl nichts zu tun, denn bei jedem notwendigen Appell für eine notwendige, selbst administrative Tätigkeit des Sekretariats haben sich stets einige Länder gefunden, selbst in Zeiten der Geldentwertung.

Zu den administrativen Arbeiten des Sekretariats übergehend, ist festzustellen, daß sich wohl die Zahl der abgesandten Korrespondenzen als auch die hierfür verwendete Zeitbeanspruchung ziemlich vermehrt hat. Die Arbeit wird aber größtenteils im Nebenamt und außerhalb der Arbeitszeit der für den schweizerischen Verband verwendeten Tätigkeit befragt.

Auf Grund der immer noch mäßigen Kassenverhältnisse des Sekretariats mußten alle ausländischen Delegationen unterlassen werden. Es ist dies bedauerlich, da gewöhnlich nur dann die Verhältnisse in den einzelnen Ländern richtig eingeschätzt werden können, wenn sich Gelegenheit bietet, diese an Ort und Stelle selbst kennenzulernen. Und gerade die großen Umwälzungen durch die Kriegsverhältnisse machen solches Studium dringend notwendig. Die schriftlichen Berichterstattungen können solches Studium niemals ersetzen.

Im Berichtsjahr wurde eine einzige Delegation ausgesandt, es war diejenige im November 1923 an die Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes mit den internationalen Berufssekretären in Amsterdam. Aber auch diese Delegation war nur dadurch möglich, indem die Verbände in Holland, Belgien und Schweden durch spezielle Zusendungen von Geldern für die betreffenden Kosten aufstiegen. Alle übrigen Einladungen, selbst diejenige zum Kongress der Bauarbeiter-Internationale und des internationalen Gewerkschaftskongresses konnten nicht berücksichtigt werden.

Die Emigration der Kollegen hat wiederum in früherem Umfang eingelegt, allerdings mit dem Unterschied, daß die Mitglieder der südländischen Organisationen die Auswanderung nicht mehr so umfangreich nach den zentral-europäischen und nordischen Ländern ausführen, sondern vielmehr die Kollegen der zentral-europäischen Länder sich um so zahlreicher mit der Auswanderung befassen. Es waren und bleiben immer die mäßigen wirtschaftlichen Verhältnisse Schuld, welche hierzu nötigen. Der Charakter der Emigration ist aber un verändert geblieben, seitens der Kollegen: das Verlangen nach Besserstellung als im Heimatland, wo ihnen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse ein Auskommen nicht mehr geboten werden konnte; und seitens der Unternehmer: das Bestreben der Ausnützung der ausländischen Arbeitskraft. Es erscheint dringend notwendig, daß die in Frage kommenden Berufsverbände die ihnen dadurch neu erwachsenden Pflichten der Auffklärung, Kontrolle und Ueberwachung der Emigranten genügend erfassen.

Im allgemeinen kann als erfreuliches Zeichen hier festgestellt werden, daß die Organisationen der einzelnen Länder sich im Berichtsjahr wieder geholt haben, was sie durch die Kriegsverhältnisse verloren mühten. Allüberall setzte eine bedeutende Erklarung der Verbände ein, und selbst die Zersplitterungsversuche in

flache Seite hätten, brauche man zum Pflastern, und müsse er hierbei bemerken, wie es eine Unmöglichkeit sei, aus den Steinen welche hier zu diesem Behuf geliefert würden, ein solides Pflaster zu machen, da meistens die eine Hälfte derselben aus unbrauchbaren Brocken, die andere aus unregelmäßigen großen Stücken bestände, welchen man nur mit äußerster Mühe eine ordentliche anwendbare Form geben kann. Man beginge hierbei nach seiner Meinung einen großen Fehler, indem man die größten und besten Steine zum Chausséebau, die kleineren und schlechteren aber zum Pflastern lieferte, da doch auf der Chaussée die Steine zerhauen werden müßten, und also die kleinsten Steine zu diesem Behuf an vorteilhaftesten wären, die großen hingegen zum Pflastern besser verbraucht werden könnten. Aber auch bei dieser Arbeit selbst verfähre man hier unregelmäßig, indem man große und kleine Steine unter einander verbaute, die großen in Reihen setze, und mit den kleineren die Zwischenräume ausfülle; dies habe nun die Folge, daß beständig die kleineren, welche nicht den Widerstand leisten könnten, welchen die größeren leisten, beim Gahren in die Erde hineingedrückt würden, die größeren aber in ihrer ersten Lage blieben, und nach kurzer Zeit um mehrere Zoll hervorragten, welche Unebenheit durch das Wasser, welches sich in den entstandenen Vertiefungen sammelt, noch vermehrt werden müßte. Dies würde nun aber vermieden werden, wenn man die Steine sortiere, und so viel als möglich Steine von gleicher Tiefe, wenn auch nicht von gleicher Oberfläche neben einander setze. Es ergäbe sich von selbst, daß alsdann die neben einander liegenden Steine gleichen Widerstand leisten würden, und im Fall sie auch durch die Last der Wagen niedergedrückt würden; doch nie Löcher entstehen könnten, weil die ganze Fläche welche nach und nach gleichen Druck aushalten müsse, gleichmäßig niedergedrückt würde, und also wenn das Pflaster auch in sich selbst sank, es doch beständig eine ebenere Oberfläche behielten müßte, und daher weniger Reparaturen bedürfen würde. Comparent sagte ferner aus, daß man hier beim Planieren nicht sorgfältig genug zu werke ginge, (wozu wohl vorzüglich das zu rechnen wäre, daß die in dem ausgefüllten Straßendam befindlichen Löcher nur ganz leicht mit lockerem Sande zugeworfen werden, welcher so sehr nach giebt, daß nach wenigen Tagen wie ich selbst bemerkt haben, die ehemaligen Löcher, wenn gleich nicht in derselben Tiefe, doch merkbar zum Vorschein kämen) so wie auch die hiesigen Werkzeuge nicht ganz denen in seinem Vaterlande gleichkämen und denselben nachstünden. Jedoch sehe er hierin nicht so sehr den Grund der Unvollkommenheit des hiesigen Steinpflasters, als in der auseinandergehenden Art des Brechens der Steine, und dem unordentlich zusammenstellen großer und kleiner Stücke.

Er müsse in allem Bemerkten, daß die hiesigen Seher ihr Handwerk nicht ganz verstanden, und wolle er sich ansehnlich machen, in Fall es erforderlich würde, ein Meisterstück anzufertigen, in welchem er den Steinen, bloß vermittelt des Schlagens mit dem Hammer, alle möglichen Formen geben wolle, so daß ordentliche Zeichnungen durch das Pflaster hervorgebracht würden. Dies werde bei ihm nun einem jeden Meister gefordert, und glaube er nicht, daß die hiesigen Seher im Stande sein würden sich dem zu unterziehen. Den in seiner eingereichten Vorlesung angegebenen Preis, von 2 rz pr. Ruthe betreffend, so könne er freilich nicht in Abrede stellen, daß er unendlich höher, als der hier gewöhnliche sei, wenn man aber bedenke, daß er beinahe einen jeden Stein, welchen er sehen wolle, neu behauen müsse, so würde man ihn wegen dieser Vorlesung nicht unbillig finden, und würden die Mehrkosten durch die längere Dauer des Pflasters, welches gewiß 2 und 3 der hiesigen aushalten müsse, wieder eingebracht werden; im Fall es aber alsdann einmahl wieder einer Umkehrung bedürfe, so könne es auch nicht mehr kosten als gegenwärtig dafür bezahlt würde, weil die alten Steine, welche beinahe alle wiedergebraucht würden, nicht mehr behauen zu werden bedürften. Es sei also nur die erste Auslage größer, in der Folge der Zeit aber wirkliche ansehnliche Ersparung.

Was nun sein eigentliches Gesüh betraf, so erklärte sich Comparent dahin, er wüßte fürs erste, eine Gelegenheit zu haben, Beweise seiner Geschicklichkeit abzulegen, um seine ferneren Vorschläge auf das hierdurch erworbene Vertrauen, daß er sein Meister gründlich verstehe, bauen zu können; und bitte er deswegen alleruntertänigst ihm irgendwo einen Platz anzuweisen, woselbst er eine Probe seiner Fertigkeit im Steinseher ablegen könne. Sein Hauptzweck gehe aber nächst diesem dahin, einen Steinbruch nach seiner Art bebauen zu können, um aus demselben nicht nur Steine

zum Straßen-Pflaster, sondern ordentliche Quadern zu entnehmen, welchen dem hier gebräuchlichen Sandsteine, bei weitem vorzuziehen, und dem ohnerachtet wohlfeiler im Preise sein sollten. Es behauptete nämlich Comparent, ohnerachtet dies nicht ganz genau, so seinem Handwerk gehöre, auch die Kunst diese Bruchsteine zu behauen, zu verstehen; und verspricht einen gewissen Erfolg des Unternehmens, falls man ihn die Unterstützung angeheihen läßt, welche die Vorbereitung, und vorzüglich Aufräumung des Bruches, nach Regeln der Kunst erfordert.

Er könne hiermit sogleich im-Laufe des Winters den Anfang machen, so bald die Witterung erlaube in die Erde zu kommen, da alsdann die fernere Arbeit im Steine selbst, eben so gut als im Sommer vorgenommen werden könne, auch in dieser Jahreszeit aus der Ursache vorteilhafter wäre, weil die Arbeiter wohlfeiler zu haben wären.

Im Fall Königliche Kammer ihn hierunter allernächtigst unterstützen wolle, sei er bereit so bald als möglich den Anfang zu machen, und vorläufig die einzelnen Brüche zu untersuchen, da er nicht zu seinem Zweck einen jeden benutzen könne, und nur da mit Nutzen einschlagen würde, wo der Stein rein, fest und nicht brocklicht und abrig wäre, weil er sonst nicht im Stande wäre regelmäßige Steine zum Bauen zu brechen. Er müsse daher die Steinbrüche noch genauer untersuchen, als ihm bis jetzt, da er sich keinen Tag der Arbeit entziehen könne, möglich gewesen wäre, er glaube aber daß sogar einige von den alten verlassenen Steinbrüchen vielleicht hierzu tauglich sein würden, indem es ihm schiene, daß sie bloß deswegen verlassen wären, weil sie zu beschwerlich zum behauen, und der Stein vielleicht zu hart zum sprengen nach bisheriger Art gewesen sein mögen.

Comparent hat aber zum Voraus, daß wenn seine Bemühungen den zu wünschenden, und beinahe mit Gewißheit zu erwartenden Erfolg hätten, ihm auch der aus denselben zu erwartende Vorteil, wenigstens zum Theil zugesichert würde, und hat er untertänigst, ihm etwa den Theil des Steinbruches, in welchem er zu brechen anfangen würde, als Eigentum zu verschreiben, wogegen er sich erbieten wolle, im Fall es erfordert würde eine verhältnismäßige billige Pacht zu entrichten, so lange er dableibst würde brechen können; den ihm zu gebenden Vorstoß aber, ohne welchen er als ein ganz unvermögender Mann nichts würde anfangen können, er biete er sich durch Lieferung gebrochener Steine, gegen Bezahlung der einen Hälfte des Preises nach und nach abzutragen.

Er sei versichert, daß wenn die Sache nach seinem Vorschlage betrieben würde, der glücklichste Erfolg nicht ausbleiben könne, und der ihm selbst erwachende Vortheil, ihm, in Rücksicht daß durch ihn, eine neue Art der Benutzung und Bearbeitung der Steinbrüche im Gange kommen würde, und wegen des für das allgemeine Wohl so vorträglichen neuen Gebrauchs eines so vorzüglichen Baumaterials, wohl gegönnt werden würde, und getrübe er sich einer gnädigen gewährung seines Gesüches.

Folgen die Unterschriften des Steinsehers Nicolas und des ihn vernommenen Magistratsbeamten.

Die Kenntnis über den weiteren Verlauf wäre gewiß erwünscht; doch kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß der Steinseher seine Versprechungen eingelöst hat. Er war sich seines beruflichen Könnens durchaus bewußt und wußte im übrigen was er wollte. Auch sein eigenes Wohlergehen hat er nicht übersehen.

### Stille Tragödie.

„Was gehst du, Weib, so müde und gebüht?  
„Nenn' mir die Last, die dich zu Boden drückt!  
„Was ist dem Aug' so müd und sorgenschwer  
„Und blüht nicht froh im Sonnenglanz umher?“  
„Ich bin das Weib von einem Arbeitsmann,  
„Der kaum für sich das Brot verdienen kann.  
„Und ihrer fünf sind wir, die hungrig sind!  
„Ich näh' ums Geld mir meine Augen blind.  
„Und dieser Kampf ums Brot so Tag und Nacht  
„Hat mich gebeugt und gar so müd gemacht!“  
„Sie hüfte hohl und schleicht sich langsam fort —  
„Mir bleibt im Hals der Tröstung armes Wort.“

Alfons Pehold.

entgen Ländern seitens einzelner Querulanten konnten diese Vorwärtsbewegung nicht aufhalten. In den Quartalsberichten des internationalen Sekretariats spiegeln sich die Aufwärtsbestrebungen und Zusammenfassungen deutlich wider, so daß wir Wiederholungen hier unterlassen können und uns auf untenstehende Fühlungen mit verschiedenen Landesorganisationen beschränken können.

In Italien hat der Faschismus die Organisation bereits gänzlich zerstört, derart, daß selbst die Verbandsleitung gezwungen ist, ihren Sitz zeitweise nach dem Ausland zu verlegen. Es bestehen hier nur noch 5 Sektionen mit 275 Mitgliedern.

In Holland litt die Steinindustrie stark unter der Absperrung des Ruhrgebietes. Eigenes Steinmaterial gibt es in Holland nicht und sind die Steinhausbetriebe auf den Bezug desselben vom Ausland angewiesen. — Das frühere Gesetz zum Schutz der Steinarbeiter wurde revidiert und verbessert und trat im zweiten Semester 1923 in Kraft. — Die Steinseger sind hier in verschiedenen Verbänden organisiert, Fusionsversuche der uns angeschlossenen Gruppe scheiterten bisher.

Bei den Lohnkämpfen in Belgien probierten die Unternehmer wieder einmal, italienische Arbeitswillige zu importieren. Unser rechtzeitiges Eingreifen durch Publikationen in allen Landesgebenden Italiens hat dies verunmöglicht. — Den Steinsegerverband hier haben wir wiederholt, aber stets erfolglos zum Beitritt eingeladen.

Schwer zu kämpfen für ihre Existenz hatten die Organisationen in Deutschland. Der ungeheure wirtschaftliche Niedergang mußte auch diese treffen und als nach den denkbar größten Anstrengungen für Beibehaltung bisheriger Organisationsstärke der Kampf für die Aufrechterhaltung der Tarifverträge in umfassender Weise eintrat und auch die verkürzte Arbeitszeit gefährdet war, da hatte der Verband wieder alle Kräfte gesammelt und stand in früherer Stärke wieder da.

Als das von Deutschland an die einzelnen Länder gesandte Zirkular um finanzielle Unterstützung in der Zeit der vollständigen Geldwertverwertung nicht den gewünschten Erfolg brachte, wandte sich auch das Internationale Sekretariat an sämtliche Länder, sie um Mithilfe ersuchend. Eingegangen sind total beim deutschen Verband:

Holland	1500 Gulden
Norwegen	200 Kronen
Schweden	100 Kronen
Reichenberg	1000 Kronen
Finnland	8 Dollar
Schweiz	50 Franken
Durch das Sekretariat:	
Belgien	379.23 Franken
Schweiz	20.— Franken

Mit den Organisationen der nicht angeschlossenen Berufsverbände haben wir wiederholt probiert, sie zum Anschluß zu bewegen. Aber selbst der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossene Bauarbeiterverband in Frankreich weigerte sich, mit einer andern als der Bauarbeiter-Internationale zu verkehren.

Der spanische Verband, welcher sich ebenfalls mit dem Bauarbeiterverband fusionierte, findet ebenfalls kein Bedürfnis, mit einer andern als der Bauarbeiter-Internationale zu korrespondieren.

Nach England hatten wir nochmals Zirkulare erlassen und uns offeriert, an einer Konferenz über unsere Internationalen zu sprechen. Die Schieferarbeiter erklärten sich sofort bereit, sich vertreten zu lassen. Der Bauarbeiterverband teilte mit, daß einige Steinarbeiterverbände sich ihm angeschlossen hätten und er, weil der Bauarbeiter-Internationale angehörend, unsere Verbindung als eine separatistische Organisation betrachte. Durch uns, die Trades Unions und den Internationalen Gewerkschaftsbund wurden sie diesbezüglich aufgeklärt, unterließen aber weiteren Bericht.

Mit dem Ausscheiden von Präsident Duncan bei der Granit Cutters Association America unterließ auch hier jede schriftliche Mitteilung und Beantwortung unserer Korrespondenzen.

Nochmalige Annäherungsversuche mit den Stone Cutters und Marble Workers in Amerika blieben ebenfalls erfolglos.

Kege Korrespondenz war eine Zeitlang mit Brasilien und Uruguay. Als wir aber endlich auf deren Anschluß an unsere Internationale hinzielten, erklärten diese Verbände, mit einer Union, die nicht auf „revolutionärem“ Boden stehe und nicht der direkten Aktion huldige, sich nicht vereinen zu können.

Mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund waren wir stets in Fühlung, sei es zum Austausch von Berichten und Statistiken oder Berkehr mit andern Ländern. An dessen Ausschüßung, allwo auch die Berufsekretäre anwesend waren, am 13. November 1923, nahm Berichterstatter den Standpunkt ein, daß, wenn man auch prinzipiell mit der Taktik des russischen Gewerkschaftsverbandes nicht einig gehen kann, man einer einmaligen gegenseitigen Besprechung mit deren Berufsverbänden bezüglich gemeinsamer Zusammenarbeitens nicht aus dem Wege gehen soll, dies aber nur stattfinden könnte, ohne irgendwelche Berührung mit den kommunistischen Verbänden anderer Länder.

Soweit unser Bericht. Wenn derselbe auch nicht von großen Aktionen der Internationalen sprechen kann, so geht doch hervor, daß unsere Internationale auf festem Boden steht und die paar Abspaltungen sie nicht geschwächt haben. Dies um so weniger, als es sich um Landesorganisationen handelte, welche sich ohnedies wenig um eine internationale Vereinigung bekümmerten.

Die Verhältnisse der internationalen Klasse haben sich in diesem Berichtsjahr bedeutend gebessert gegenüber den Vorjahren. Doch muß immer noch mit einem Passifaldo gerechnet werden. Es geht eben lange, bis wieder einigermaßen stabile Geldwerte eintreten, und vorher wird kaum ein Ausgleich von Bestand eintreten können. Daß wir das äußerste faten, um hauswirtschaftlich mit den Geldern umzugehen, zeigen untenstehende Zahlen. Mehr konnten wir uns nicht einschränken. Wir verzeichnen vom 1. Juli 1923 bis 30. Juni 1924 folgende Ein- und Ausgaben:

Einnahmen:	
Holland, Steinarbeiter	22.88 Franken
Holland, Steinseger	43.— "
Tschechoslowakei, Reichenberg	21.75 "
Tschechoslowakei, Prag	24.80 "
Norwegen	42.66 "
Schweiz	125.— "
Belgien	220.93 "
Schweden	400.— "
Deutschland	311.75 "
Sammlung Deutschland	399.23 "
Delegation Amsterdam	273.65 "
<b>Total:</b>	<b>1890.60 Franken</b>
Ausgaben:	
Mehrausgaben am 1. Juli 1923	675.58 Franken
Belohnung	450.— "
Postausgaben	256.90 "
Uebersehung	126.20 "
Delegationen	284.55 "
Bureaumaterial	32.60 "
Rückzahlung Schweiz an früheres Darlehn	125.— "
Für Deutschland, inkl. Ausgaben	395.50 "
Diverses	12.— "
<b>Total:</b>	<b>2388.33 Franken</b>

Der internationale Sekretär: R o b. R o l b, Zürich, Hardaustr. 11.

### Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unser Lohnkämpfe. Streik in Mainz; in Buchanan (Eisenfelder Steinwerke); in Essen (Warmararbeiter); in Nürnberg (Warmararbeiter).

Erledigte Kämpfe. Der Streik der Steinmehlen bei der Fa. Friesche in Berlin am 13. September. — Die Sperre über die Steinbrüche in der Umgebung von Bochum ist aufgehoben. Ein Tarif kam zur Vereinbarung.

### Die Kündigung des Reichsarbeitsvertrages für die deutsche Pflasterstein- und Schotterindustrie wurde unterm 15. September vom Arbeitgeberverband ausgesprochen. Daneben wird noch mitgeteilt:

„... Wir werden einen neuen Entwurf aufstellen und Ihnen denselben rechtzeitig übergeben, damit im Anschluß daran evtl. mündliche Verhandlungen stattfinden können.“

Die Kündigung war vorauszusetzen, sie hat uns als Organisation nicht überrast. Im Unternehmerlager haben demnach die Unzufriedenen mit dem Abschluß vom 20. Mai 1924 den „Sieg“ davongetragen. Vor allem ist es die Forderung der „Sieg“ und einige sonstige Verpflichtungen, wie die Werkzeuggfrage, die der RAB für die Arbeitgeber enthält, die ihnen durchaus nicht mehr gefallen. Sogar die Arbeitszeitregelung ist ihnen nicht weitgehend genug; denn das alles bedroht angeblich ihre Existenz.

Na, die Pflasterstein- und Schotterarbeiter haben auch ihre gut fundierten Forderungen, sie liegen schon bereit und werden zu gegebener Zeit präsentiert. Ob es nun beim „evtl.“ zu erneuernden Rahmentarif oder sonstwie geschieht, mag heute noch unerörtert bleiben. Unsere Kollegen aus der Pflastersteinbranche haben zäh und ohne Wanken die bis zum 31. Dezember geltenden Bestimmungen des RAB zu verlangen und sie müssen ferner aus der Vertragskündigung die Ruganwendung auf die Festigung des Verbandes ziehen.

Kaiserslautern. Am 31. August fand im Lokal Zur Burg, Steinstraße, eine Bezirksvertreterkonferenz für die Pflaster- und Schotterwerke der Pfalz statt, an der neben den fast sämtlichen Zahlstellenvertretern auch der auleiter Kollege Sarfert-Karlsruhe und der Bezirksleiter Kollege Gras-Rammelsbach zugegen waren. Tagesordnung: 1. Vorlegung und Stellungnahme zum neu abzuschließenden Bezirksarbeitsvertrag; 2. Organisation und Agitation; 3. Verschiedenes. Um 10 Uhr vormittags eröffnet Kollege Dreger als Vorsitzender die Konferenz. Kollege Sarfert, der ausführlich über die Bezirksarbeitsvorlage referierte, ersuchte dann die

### Den Unorganisierten ins Stammbuch.

Was winselt ihr und lamentiert, daß jetzt die Zeiten gar so schlecht — da ihr doch keinen Finger rührt zum Kampf für unser gutes Recht?

Klimbim und Blödsinn macht ihr mit und hocht und hurrat frisch drauflos; sonst aber tut ihr keinen Schritt und legt die Hand feig in den Schoß.

Noch keinen Stein trugt ihr herbei, mit uns vereint, zu Schutz und Wall. Warum denn jetzt die Flennerei, das feige Winseln überall?

Wie könnt ihr jammern ob dem Joch, dem ihr doch nicht zu Leibe geht? Wie wollt ihr ernten, wo ihr doch noch nie habt Körner ausgesät?

Ihr zeigt nicht Scham, ihr zeigt nicht Mut, wie man auch immer euch gewackelt, und bleibt zurück in sicherer Hut, bis wir den Tisch für euch gedeckt.

Nein, wahrlich, wenn wir selber nicht dabei mit litten gleiche Not — ich wünschte länger noch die Schicht und länger noch für euch das Brot!

Bertrater, ihre Abänderungsvorschläge vorzubringen. Zu der Durchberatung der Vorlage ergriffen sämtliche Kollegen das Wort, so daß ausführlich über 2 Stunden debattiert wurde. Von 12 bis 1/2 Uhr war Mittagspause. Als dann Kollege Dreger die Konferenz wieder eröffnete, zog sich die Beratung des Tarifentwurfs noch kurze Zeit hin, um zum 2. Punkt der Tagesordnung überzugehen. Ueber Organisation und Agitation referierten Sarfert und Gras, die regen Beifall ernteten. Die Diskussion war sehr lebhaft und dauerte über eine Stunde. Der 3. Punkt der Tagesordnung: Verschiedenes, brachte dann noch den Bericht Sarferts über die Beiratskonferenz im besonderen, der beifällig aufgenommen wurde. Dann wurden noch verschiedene Klagen über Mißstände in einzelnen Betrieben laut, was zu reger Diskussion Anlaß bot. Gegen 6 Uhr schloß Kollege Dreger die Konferenz mit dem Ermahnen an alle, im Sinne der heutigen Tagung weiter für die Stärkung der Organisation zu arbeiten und dankte den Kollegen für das im Verlaufe der Tagung bewiesene Organisationsinteresse. W. Z i m m e r, Schriftführer.

Kassel. Bezirkskonferenz am 14. September. Die Konferenz wurde vom Bezirksleiter Reis eröffnet. Auf der Tagesordnung stand der Bericht von der Beiratskonferenz und Lohnpolitik. Reis sprach sein Bedauern darüber aus, daß die heutige Konferenz nicht so besucht sei, wie man es bei der heutigen Zeit hätte erwarten müssen. Vertreten waren 11 Zahlstellen mit 18 Delegierten. Kollege Schlegel erstattete Bericht von der Beiratskonferenz und ging im besonderen auf die Wiedereinführung der einzelnen Unterstützungseinrichtungen ein. Er erklärte, daß es dem Verbands jetzt noch nicht möglich sei, alle früheren Unterstützungseinrichtungen einzuführen, da ja die Inflation die Kassen der Verbände sehr mitgenommen habe. Wir mußten bei Beginn dieses Jahres von neuem anfangen aufbauen. Es sei festgestellt, daß sich der Steinarbeiterverband finanziell wie an Mitgliederzahl mit dem besten erholt habe, es ist aber noch ein reichliches Feld zu beackern, und es müssen alle Kollegen mitarbeiten, wenn wir unser Dasein gemeinschaftlich verbessern wollen. Abhängig vom Bezug der Unterstützungen ist, daß auch die Mitglieder ihre Pflichten gegenüber dem Verbands erfüllt haben, dazu gehört auch das Entnehmen der Kampffondsmarken (siehe Steinarbeiter vom 6. 9. 1924). An der Diskussion beteiligten sich fast alle Delegierten; sie erklärten sich mit den Arbeiten der Beiratskonferenz einverstanden. Nur wurde von einem Teil der Delegierten die Wiedereinführung der Erwerbslosenmarken kritisiert und betont, daß, wenn ein Kollege erwerbslos sei und keine Unterstützung beziehe, er auch kein Geld habe, einen Beitrag, und sei es nur 10 Pfg., zu leisten. Kollege Schlegel bestritt dies in keinem Fall, wies aber darauf hin, daß der Verband dadurch die Kontrolle über die Mitgliederzahl nicht verliere, und es müßte möglich sein, daß ein Kollege, auch wenn er erwerbslos sei, die 10 Pfg. pro Woche sich abringen könne, wo dies in besonderen Fällen nicht möglich sein würde, müsse die Zahlstelle in der Lage sein, diesen Betrag für solche Kollegen aufzubringen. Zum Punkt Lohnpolitik referierten die Kollegen Schlegel und Reis. Sie übten scharfe Kritik an der Lohnpolitik der einzelnen Unternehmer bzw. Unternehmerverbände, die nur um des lieben Profits willen

die Arbeiter bei niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit fronen lassen. Dies zu verhindern sei aber nicht nur Sache der Junktionäre, sondern auch der Kollegen und müssen die Kollegen aus ihrer Passivität heraus und sich geschlossen hinter den Verband stellen. — Die Delegierten übten auch scharfe Kritik an der Politik der Unternehmer, insbesondere der Wegebaustoffindustrie, wo die Unternehmer einen Pfennig Lohnhöhung von 44 auf 45 Pfg. für den Sacharbeiter mehrere Male abgelehnt haben und sprachen sich dahin aus, daß bei der heutigen Teuerung unbedingt neue Lohnforderungen gestellt werden müssen. Auch wurde scharfe Kritik daran geübt, daß die Unternehmer in der Wegebaustoffindustrie, trotz reichs-tariflicher Abmachungen, wo der Abschubentag festgelegt ist, dazu übergegangen sind, ohne die Organisation der Arbeitnehmer in Kenntnis zu setzen, neun und zehn Stunden, worunter sich auch Jugendliche unter 16 Jahren befinden, am Tage arbeiten zu lassen. Hier wurde von Seiten des Gauleiters versprochen, Abhilfe zu schaffen, man müsse aber auch von den Kollegen verlangen, daß sie ohne die Zustimmung ihres Verbandes nicht länger als acht Stunden arbeiten. Auch sprachen sich die anwesenden Kollegen der Steinseger gegen die Lohnpolitik der Unternehmer im Straßenbaugewerbe von Kassel und Umgebung aus. Auch hier sind inzwischen neue Lohnverhandlungen gefordert und finden dieselben am 26. d. M. statt. Mit einem Mahnwort an die Delegierten, kräftig an dem Aufbau des Verbandes mitzuarbeiten, um im Notfalle gerüstet zu sein, schloß die Konferenz.

### Steinarbeiter.

Aue i. Erzgeb. Steinarbeiterversammlung im Gasthof zur Goldenen Höhe zu Griesbach. Tagesordnung: Die Lage in der Steinindustrie und der Steinarbeiterverband. Kollege Müller führte bei der Eröffnung in kurzen Worten aus, daß auf Wunsch vieler Kollegen eine gemeinschaftliche Versammlung (Kirchberg und Aue) abgehalten werde, bedauert jedoch, daß der Besuch ein recht schwacher ist. Hierauf erteilte Kollege Müller-Aue unserm Verbandsvorsitzenden das Wort. Kollege Winkler führte aus, daß die allgemeine Lage in der Steinindustrie keine günstige ist, weil die Steinindustrie eine nicht gerade lebenswichtige Industrie ist, deshalb konnten auch die Löhne nur mit großen Schwierigkeiten auf die bestehende Höhe gebracht werden. Die Folge der Inflation und ihrer Begleiterscheinungen war, daß die Mitgliederzahl um 28 Prozent zurückging, während im Vergleich zu 1913 immer noch eine Mitgliederzunahme von 27 Prozent zu verzeichnen ist. Der Rückgang der Mitgliederzahl in der letzten Zeit ist wegen der vielen Ansetzungen, die der Verband zu bestehen hatte, durchaus erklärlich. Auch sind in diesem Jahre schwere Lohnkämpfe unter großem Opfermut der Kollegen ausgefochten worden, jedoch bedauert Kollege Winkler, daß die arbeitenden Kollegen den Kämpfenden nicht die nötige Unterstützung zuteil werden ließen. In seinen auf verständliche Ausführungen kam Kollege Winkler zu dem Schluß, daß alle Kollegen bemüht sein sollen, den Verband stark und leistungsfähig zu machen. — An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Schneide-Rochberg, Zippel-Aue, Georgi-Kirchberg und Müller-Vorfau. Es wurde hervorgehoben, alle Kollegen dem Verband zuzuführen. Im Schlußwort weist der Referent einige Angriffe zurück, die aus der Versammlung auf die Leistung des Verbandes gemacht wurden, und weist nach, daß mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr geleistet werden konnte. Nachdem der Referent noch verschiedenes erläutert hatte, war Schluß der Versammlung.

Floß. Am 2. September starb unser Kollege Franz Beh. Daß er den Krankheitstein in sich trug, wußte er und wir alle, daß er aber so schnell aus unserer Mitte gerissen wird, hat jedoch niemand gedacht. Der Kollege ist am 26. September 1876 in Floß geboren. Noch nicht ganz 48 Jahre, wußte er seinen Familien-, Kollegen- wie überhaupt seinen Wirkungskreis verlassen. Kollege Beh war längere Zeit in einer Lungenheilanstalt. Als er zurückkam, konnte er wohl keine Kollegen im Betrieb besuchen, aber mit dem Handhabeleg war es vorbei. Bald darauf wurde er wieder an das Krankenlager gesetzt, von dem er sich nicht mehr erhob. Mit ihm ist ein trefflicher Mensch dahingegangen, der seine Fähigkeiten und Kenntnisse stets in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt hat. Für sie zu wirken, war immer seine vornehmste Aufgabe. Ein Kollege ist er gewesen, auf den man sich stets verlassen konnte, mit dem ein Zusammenarbeiten eine Freude war. Als Gründungsmitglied der Zahlstelle (1904) arbeitete er immer für das Beste seiner Kollegen. Lange Jahre hat er die Geschäfte der Zahlstelle Floß als Kassierer bis zum Beeresdienst aufs beste verwaltet. Vom Jahre 1919 an wurde er in die Verwaltung des Ortsauschusses Floß als Kassierer gewählt und vertrat dort die Geschäfte bis zu seinem Krankenlager auf das lobenswerteste. Als Gemeinde- und Armenratsmitglied hat er immer das Beste gewollt und ist hilfreich eingegriffen, wo es immer nottat. Die Arbeiterchaft von Floß und in erster Linie die Steinarbeiter verlieren in ihm einen ihrer Besten. Lungenkrankheit — die Berufsgeweihe — hat diesen wertvollen Mitarbeiter und Kämpfer aus unserer Mitte gerissen. Alle, die ihn gekannt haben, werden seiner ehrend gedenken. Die Steinarbeiter von Floß werden die Wege gehen, die Franz Beh ihnen so oft gewiesen hat.

### Steinseger und Pflasterer.

Hannover. Seit längerer Zeit forderten unsere Mitglieder der Steinsegerbranche Verhandlungen zwecks Umstellung der Lohnsätze. Die Arbeitgeber waren jedoch der Ansicht, weil innerhalb des allgemeinen Bauberufs keine Lohnhöhungen eingetreten seien, hätten sie es nicht nötig, für den Straßenbauberuf Lohnzulagen zu gewähren. Dem energischen Druck unserer Organisationsvertretung gaben endlich die Unternehmer nach, kamen jedoch im Punkte Lohnzulagezustände den Forderungen nicht genügend entgegen, was schließlich zur Arbeitseinstellung führte. Nach einem Kampf von 2 1/2 Tagen und durch das Eingreifen unseres Gauleiters war es dann möglich, zwar nicht zufriedenstellende Lohnsätze zu schaffen, jedoch eine Lohnaufbesserung von 5 Pfg. die Stunde und für den Monat September geltend, zu erreichen. Anlässlich der Verhandlungen kamen die Steinsegerunternehmer mit dem oben angeführten Einwand. Schließlich wurden dann noch die Stundenlöhne von Kassel ins Feld geführt — bei den Verhandlungen in Kassel war es umgekehrt, weil dort die Lohnsätze von Hannover als Grundlage dienen sollten — und sollte damit begründet werden, daß für Hannover eine Lohnzulage nicht gewährt werden könnte, geholfen hat jedoch das „Einerseits und Andererseits“ den Unternehmern nicht.

Schweidnitz. Am 7. September 1924 fand hier eine Mitglieder-versammlung statt unter Anwesenheit des Kollegen Gauleiter Schulte. Der Besuch hätte besser sein können. Die kürzlich stattgefundenen Lohnverhandlungen sind nach dem Bericht des Gauleiters als gescheitert zu betrachten, weil die Unternehmer eine beispiellose Hartnäckigkeit zeigten. Dann gab Kollege Schulze einen Bericht von der Beiratskonferenz, der von den Kollegen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Die lebhafteste Diskussion zeigte auch das Interesse am Verbandsleben. In bezug auf die Beitrags-klebung nach dem wirklichen Stundenverdienst wurden in der Versammlung Stichproben an Hand der Mitgliedsbücher unternommen, woraus festgestellt werden konnte, daß die Zahlstelle die Bestimmung durchaus einhält. Die Zahlstelle, das kam in der Aussprache zur Geltung, wird sich überhaupt immer, auch für die Zukunft, an die Beschlüsse der Verbandsorgane halten. Den Beschlüssen der Beiratskonferenz wurde zugestimmt.

Waren. Außerordentliche Versammlung am 14. September. Die Kollegen nahmen Stellung zu dem im „Steinarbeiter“ Nr. 26 bekanntgegebenen Beschlüssen der Beiratskonferenz. Sie begrüßten, daß die Organisation finanziell sich wieder lo geträgt hat, um die Unterstützungen leisten zu können. Die Kollegen sind jedoch gegen die Bestimmung, wonach die Unterstützungen nur nach den letzten vier Beiträgen bemessen wird, zum Beispiel würde ein Mitglied,

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Den Zahlstellenkassierern sind in diesen Tagen die Formulare für die Quartalsabrechnung und die Karten für die monatliche Berichterstattung betr. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zugegangen.

Die Abrechnungen müssen bis zum 15. Oktober, die Meldekarten über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit spätestens 4 Tage nach dem auf der Karte angegebenen Stichtag im Besitze des Hauptvorstandes sein.

Die Karten dürfen nicht zu ändern, außerhalb der Berichtszeit liegenden Zwecken benutzt werden, doch können mit der zeitigen Meldung über den Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gleichzeitig auch Mitteilungen aller Art auf der Vorderseite der Karte gemacht werden.

Auf Antrag der Bezirkszahlstelle Würzburg wurden die Mitglieder Balhajar Leopold und Fritz Schenk, beide aus Friedenhäuser, wegen Streikbruchs ausgeschlossen.

## Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

**Mannheim.** In Mannheim bestehen für Steinmetzen und Marmorarbeiter augenblicklich keine tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Solange hier keine Besserung eintritt, muß unser Ort von den nicht ortsanfässigen Kollegen unbedingt gemieden werden. Etwa in Unkenntnis Zurückkehrende melden sich bei der Zahlstellenverwaltung.

Kassierer: Herm. Müll. Pumpwerkstraße 18, II. L.

**Achtung, Steinmetzen.** Gegen die Straßenbaufirma Vertrem in Neustadt a. Rh. bei Hannover liegen eine Anzahl Beschwerden vor, denen nachzugehen unsere Pflicht ist. Die Firma scheint in einer größeren Zahl Orte unseres Gaubereichs Pflasterarbeiten auszuführen. Um genaue Unterlagen zu haben, werden die bei der Firma Vertrem in Beschäftigung stehenden Steinmetzen und Pflasterer ersucht, dem Gauleiter Paul Göhre in Halle a. d. S., Weingärten Nr. 26, unter Angabe ihrer Adresse die einzelnen Straßenbaustellen und die geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen bald mitzuteilen. Den in Frage kommenden Mitgliedern wird dann weitere Anweisung zugehen. Alle Organisationsfunktionäre werden um Verbreitung dieses Hinweises gebeten.

## Adressenänderungen.

- 1 Gau. N.-W. Rendsburg (Schleswig-Holstein) Vorl. u. Kass.: Chr. Malchmann, Baustr. 8. — Hensburg (Schleswig) Vorl.: Rudolf Nicolajew, Kantschstraße Nr. 18.
- 2 Gau. Greiffenberg. Vorl. u. Kass.: Bernhard Thomas, Wiesa (Schl.) bei Greiffenberg.
- 4 Gau. Zeitz. Vorl.: Kurt Martin, Rasberg, Post Zeitz, Dorfstraße 11a. Sengensstraße. Kass.: Albert Schrupf, wohnt jetzt Mauergasse Nr. 13.
- 5 Gau. Müßheim a. d. Ruhr. Vorl. u. Kass.: Fr. v. Reth, Hingbergstraße 160.
- 7 Gau. Floß. Vorl.: Heinz Järber, Neubau Weidermühle.
- 9 Gau. Buchenau (Kr. Biedentopf, Hess.). Vorl.: Alois Wachtel. Kass.: Albert Handt.

## Briefkasten.

Kor. Vielleicht gelegentlich. Die Abfuhr ist gründlich; helfen wird es jedoch nicht viel. Logik und Charakter ist ihre schwache Seite.

## Neue Bücher, Zeitschriften.

**Hinein in die Gewerkschaften — Warum?** Bericht und Beschlüsse des 5. Weltkongresses des RZ. und der RGZ. von Willy Lehmann. Verlag: Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Filiale Berlin, Sebastiansstraße 37/38. — Die Broschüre enthält eine Zusammenstellung der in der „Roten Fahne“ (Berlin) erschienenen Berichte und Artikel in der Gewerkschaftsfrage, wie sie von den deutschen Kommunisten unterschiedlich behandelt wurde. Die neueste Parole von Moskau lautet die Titel der Broschüre. Das Warum? und was sich daraus weiter entwickeln soll, geht alle an, die in den Gewerkschaften selbständige Gebilde wollen, die von keiner politischen Partei als Spielball oder Prellbock benutzt werden dürfen noch können. In diesem Sinne ist die Broschüre verfaßt, sie ist aktuell und den in Versammlungen und Betrieben agitatorisch tätigen Kollegen zur Anschaffung zu empfehlen. Preis 25 Pfg.

**Vom Gewerkschafts-Archiv.** Herausgeber Karl Zwing, liegt Heft 5 vor. Aus dem Inhalt dieses neuesten Monatsheftes für Theorie und Praxis der gelassenen Gewerkschaftsbewegung sei hervorgehoben: Partei und Gewerkschaften in der Bildungsarbeit — Betriebsräte-Schulung — Die Berliner Gewerkschaftsschule — Die Kulturarbeit — Randbemerkungen zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit — Nach 60 Jahren — usw. Preis des Heftes 1 Mk. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postanstalten und der Verlag, Sena, Camsdorfer Straße 10, entgegen.

## Anzeigen

**Werkzeug-Schmied**  
Tüchtiger älterer  
sucht Stellung im Granitwerk oder  
Steinbruch. Angebote unter „M. W. Schmied“ beibringt die Schriftleitung.

**2 Maschinenschleifer**  
au Granit stellt ein  
Georg Wolf  
Granitwerk Zschella bei Meissen.

**Großstein-Pflasterer.**  
Gesucht für sofort 3 oder 4 tüchtige  
Anfragen zu richten an  
Friedr. Ruckdeschel, Pflastermeister  
Zsch. in Bayern.

**Tüchtige Steinarbeiter**  
und ein lediger Schmied  
werden eingestellt.  
Unterkunft und Verpflegung vorhanden.  
Steinwerte der A.-G. Ruhr-Rippes  
Kleinbahnen 5/11 u. 12.

## Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingekauft werden.

In **Waldkirchen** am 20. August der Hilfsarbeiter **Carl Garbamer**, 51 Jahre alt, Lungenleiden.

In **Floß** am 2. September der Granitsteinmetz **Frans Boh**, 47 Jahre alt, Lungenleiden.

In **Großschlatten** am 4. September der Hilfsarbeiter **Johann Brähler**, 63 Jahre alt, Magenleiden.

In **Langenlitzheim** am 7. September der Lithographie-Steinarbeiter **Johann Klein**, 17 Jahre alt, Knochen tuberkulose.

In **Hamburg** am 8. September der Steinmetz **Heinrich Martens**, 62 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden.

In **Striesau** am 10. September der Hilfsarbeiter **Ernst Reimann**, 35 Jahre alt, Unfall im Beruf.

Ehret ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold Verlag  
von Ernst Windler beide in Leipzig  
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

das den ganzen Sommer über im Beruf die höchsten Beiträge zahlt, im Winter bei Arbeitsmangel, bei Frostwetter — wie es doch in der Steingewerbebranche vorkommt — sich andere Arbeit verschafft, vielleicht gar in der Landwirtschaft solche erhält mit einem Stundenlohn von 20—25 Pfg., im Unterstufungsbezug recht unangenehme Erfahrungen machen müssen. (Diese Auffassung ist nicht nach den Beschlüssen der Beiratskonferenz, denn nicht die letzten vier Marken sind die Grundlage für die Unterstufungshöhe; sondern jene Marke, die vier Wochen zurückgerechnet vom Unterstufungsfall gefleht wurde, ist die Berechnungsgrundlage. Dafür ein Beispiel: In der 40. Woche tritt der Unterstufungsfall ein (Krankheit, oder Streik, oder Reiseunterstützung), dann führen vier Wochen zurück auf die 35. Woche, und was in dieser Woche geklebt wurde, ist die Berechnungsgrundlage. Wäre nun in solcher Woche eine Erwerbslosenmarke geklebt, dann muß natürlich weiter zurückgegangen werden bis zur vollen Beitragsmarke. Andererseits würde in solchen Fällen, wie die Warener Zahlstelle annimmt, im einzelnen zu prüfen sein, ob eine Ungerechtigkeit vorliegt. Der Vorstandsvorsitz wird zweifellos bei besonders gelagerten Fällen, die in der Praxis vorkommen können, schon dafür sorgen, daß dem Mitgliede sein statutarisches Recht wird. Red.) Im weiteren Vermessen die Kollegen die Geldunterstützung beim Sterbefall der Ehefrau, welche im Steingewerbeverband vorhanden war. Die Kollegen hegen die Hoffnung, daß der Verbandstag im nächsten Jahr so bald wie möglich tagt und die Unterstufungssätze dann eine neue Regelung erhalten. An Anträgen hierzu werden es die Zahlstellen nicht fehlen lassen. — In unserem letzten Versammlungsbericht in Nr. 37 muß es statt „Grubenleitung“ Gauleitung heißen.

**Köln.** Am 7. September fand eine öffentliche Pflastererverversammlung statt. Auf Grund der Werbetätigkeit des Fachgruppenleiters Kirjel und des Gauleiters wäre ein besserer Besuch der Versammlung zu erhoffen gewesen. Immerhin ist zu bemerken, daß auch die Pflasterer und Hammer so langsam wieder aus ihrer Gleichgültigkeit erwachen. Der Vorsitzende begründete in seinen Ausführungen eingehend untenstehende, von ihm eingebrachte Resolution. Er forderte des weiteren von allen Zusammenschluß und tätige Mitarbeit, um in den kommenden schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen dem einzigen Unternehmertum eine einige und entschlossene Arbeiterschaft entgegenstellen zu können. Das Referat klang aus in dem Schlusswort: Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid! Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 7. September 1924 im Volkshaus in Köln stattfindende Versammlung der Pflasterer und Hammer Kölns hält es für notwendig, gegen die immer mehr um sich greifende Affordarbeit im Steingewerbe ganz entschiedene Stellung zu nehmen und macht erneut auf die Gefahren der Affordarbeit im Interesse aller Berufskollegen aufmerksam. — Die wirtschaftliche Notlage kann nicht als Entschuldigung gelten, weil die Affordarbeit die Notlage nur so lange beheben kann wie die Konjunktur anhält. Klaut die Konjunktur ab, werden wenige Affordarbeiten die Arbeit machen, während die Mehrzahl der Kollegen auf dem Pflaster liegt. — Die Behebung der wirtschaftlichen Notlage liegt nur im Zusammenschluß, im Verband.“

Die Nicht-Affordarbeit ist für uns in sozialer und gewerkschaftlicher Beziehung eine hart erklämpfte Position, die mit allen Mitteln gehalten werden muß. Was von der Affordarbeit gilt, das gilt auch für das sogenannte Prämien- und Heberstundenystem. Die Prämienwirtschaft ist nichts anderes als verkappte Affordarbeit. Deshalb muß sie in der gleichen Weise bekämpft werden wie die wilde Affordarbeit.

Heberarbeit ist nur zulässig, wenn die im Tarifvertrag angeführten Voraussetzungen in Betracht kommen, in allen andern Fällen ist sie verboten. Jede Heberarbeit des Arbeitstages ist ein Verstoß gegen die Beschlüsse der Organisation und gegen den Tarifvertrag.“

Mit dem Appell an alle Kollegen, auch für die Durchführung dieser Beschlüsse zu wirken, wurde die Versammlung geschlossen.

## Rundschau.

**Gewerkschaftliches.** Aus den politischen Tageszeitungen der Arbeiterkassen ist mancher Hinweis zu entnehmen, warum von Moskau aus die „Einheitsfront“ in neuer Aufmachung propagiert wird. Diese neue Parole in gewerkschaftlicher Hinsicht wird mit einer Unzufriedenheit in der Öffentlichkeit breitgetreten, bei der man sich unwillkürlich fragen muß: Ist es Friedlichkeit oder Dummeheit? Denn wer solche Begründungen zum Fenster hinauswreißt, braucht sich schließlich nicht zu wundern, wenn die Gewerkschaften sich gegen solchen Zuwachs warnen und ihre Organe im Organisationsgerippe darüber aufklären. Aus den vorliegenden vielen Berichten der kommunistischen Zusammenkünfte mit ihren Beschlüssen und Hinweisen auf die Gewerkschaften greifen wir nur den nachstehenden heraus. Er stammt aus Mannheim, dort führte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Kenzler in einer Vertrauensmännerversammlung nach einem bisher unwiderwärtigen gebliebenen Bericht unter anderem aus:

„Auf der Berliner Konferenz sei man der Meinung gewesen, daß die RPD. seit Oktober 1923 bis jetzt durch falsche Taktik nur Niederlagen erlitten habe. Die Erfolge seien gleich Null. Man müsse unter das jetzt Verlassene einen neuen Strich machen und mit erneuter Kraft und frischem Mut an die Verwirklichung der neu gestellten Ziele herantreten. Vor allem müsse nunmehr mit dem System der Bildung sogenannter Oppositionsorganisationen innerhalb der Gewerkschaften gebrochen werden. Man habe in Berlin eingesehen, daß diese Art Opposition nicht zum Ziele führen werde. Man müsse dazu übergehen, all die solchermaßen gegründeten Oppositionsorganisationen zu liquidieren und die Mitglieder voll und ganz dem allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund wieder zuzuführen. Dies müsse entweder im Wege der Verhandlung geschehen, oder aber in irgendeiner Form erzwungen werden. Durch den „ungeheuren Verrat“, den der ADGB. an der gesamten Arbeiterklasse begangen habe, sei man seitens der RPD. zur Opposition „erzwungen“ worden. Das hätte zur Folge gehabt, daß die Gesamtmitgliedszahl des ADGB. um drei Millionen zurückgegangen sei (?). Die Hoffnungen der RPD., dadurch zum Ziele zu gelangen, hatte sich nicht erfüllt, denn die Opposition in den Gewerkschaften habe eine derartige Zersplitterung gezeigt, daß auch in Hinsicht auf die allgemeine Partei- und Gewerkschaftsmündigkeit nichts erreicht werden konnte. Trotz des ungeheuren Mitgliederverlustes sei infolge dieser Zersplitterung der ADGB. noch in der Lage gewesen, den übrigen sechs Millionen, teils unorganisierten, andernteils der Opposition angehörenden Arbeitern das Lebensniveau genau so vorzuschreiben, wie den im ADGB. organisierten. Nunmehr müsse alles wieder in die Organisation des ADGB. hinein. Diese Eintritts müssen als Mittel zum Zweck dienen, damit man zum Ziele gelange. Der ADGB. müsse auf diese Weise unbedingt der RPD. gefügig gemacht werden. Sei man erst soweit, dann müsse durch Kleinarbeit versucht werden, weiter vorwärts zu kommen. Vor allem müsse in den Betrieben den SPD.-Genossen das Leben so sauer wie nur möglich gemacht werden. Man müsse jedes kleine Vergehen aufbauschen und die SPD.-Genossen in Mißkredit bringen. Man müsse versuchen, auf diese Weise von den führenden SPD.-Genossen der Gewerkschaften und der Partei Konzeptionen zu erlangen. Wenn dann alles im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereint sei, dann müßten beinahe täglich Betriebs- und Bezirksversammlungen stattfinden. In diesen müsse man mit Mitgliederzahl derartige Resolutionen zustandebringen, daß dadurch ein Eingriff der SPD.-Führer des ADGB. unmöglich gemacht werde. Sei die Sache soweit gebieken, dann müsse man dazu übergehen, in sämt-

lichen größeren Betrieben Betriebszeitungen herauszugeben. Diese Arbeit müsse von den kommunistischen Betriebsräten und Betriebszellenführern organisiert werden. Auf diese Art müsse man die Betriebszellen derart ausbauen, daß diese ein unüberwindliches Bollwerk der RPD. bildeten. Dieses Programm müsse unter Zuhilfenahme aller nur erdenklichen Mittel verwirklicht werden. Im Herbst dieses Jahres würden schwere Kämpfe zur Erlangung der Diktatur des Proletariats einsetzen. Bis dahin müsse die Masse derart reif sein, daß eine nochmalige Niederlage ausgeschlossen sei.“

Was in dem Bericht zusammengefaßt wird, ist allerdings nichts besonders Neues; aber es ist notwendig, die Verbandsmitglieder, die dem gewerkschaftszerstörenden Treiben ablehnend gegenüberstehen, von Zeit zu Zeit zu informieren. Auch dann, wenn ein kleiner Teil sich entzweit, weil die Redaktion es überhaupt wagt, auf diese Treibereien aufmerksam zu machen. Dadurch lassen wir uns durchaus nicht irremachen! Wer von den Verbandsmitgliedern politisch auf die RPD. schwört, muß das nur mit sich selber abmachen; den Verband geht es nichts an! Wer jedoch die Einheit, Geschlossenheit, die Kampfkraft und das Ansehen der gewerkschaftlichen Organisation durch Quertreibereien zu stören versucht, wird dementsprechend behandelt, dabei ist keine politische Einstellung nicht ausschlaggebend. Unse Verbandsmitglieder handeln vorausschauend, wenn sie ihre Schlussfolgerungen nach den bekannten gewerkschaftlichen Grundlagen und nach unserem Verbandsstatut aus dem Mannheimer Bericht ziehen und demnach ihr Verhalten im örtlichen Organisationsleben einstellen.

**Steinbrecherlos.** Am 10. September, nachmittags 3½ Uhr, ereignete sich in Kalthaus im Steinbruchgebiet der Firma Schall, Bruch 2, ein schwerer Betriebsunfall. Aus bisher ungeklärter Ursache rissen plötzlich sämtliche elektrische Betriebsförderseile und stürzten in der Bruch. Der Förderer Ernst Reimann wurde von den Seilen getroffen und blieb auf der Stelle tot liegen. Der Brecher Joh. Hiller erlitt einen schweren Oberarmbruch.

## Abrechnung der Hauptkasse vom 2. Quartal 1924.

Einnahme:	
Eintrittsgeld	155.30
Beiträge	150.694.25
Extraktuermarken	21.042.—
An die Zahlstellen geliefertes Material	285.66
Abonnements und Inerate	10.574.39
Sonstige Einnahmen, Zinsen und dergl.	5.223.56
Afkozahlung der Zahlstellen auf 3. Quartal 1924.	2.990.15
Summa: Mk.	191.265.31

Ausgabe:	
Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:	
a) Gauleitungen	19.775.16
b) Zentralvorstand	533.75
c) Zuschuß für Lokalangelegenheiten	4.323.40
d) Tarifberatungen (Tarifamtsitzungen, Reichs- und Bezirksstarif)	2.841.21
Summa:	27.473.52

Für Unterstützungen:	
a) Streitunterstützung	31.438.98
b) Gemahregeltenunterstützung	284.26
c) Sterbeunterstützung	1.053.70
d) Notfallunterstützung	244.35
e) Rechtschutz	546.95
Summa:	33.568.24

Für Verwaltung (persönliche):	
a) Gehalt	8.633.70
b) Versicherungsbeiträge	3.099.95
c) Revisionen und Vorstandssitzungen	93.10
d) Verbandsauschuss	10.—
Summa:	11.836.75

Für Verwaltung (sachliche):	
a) Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht	482.85
b) Telefon, Schreib- und Postmaterial	261.20
c) Porto, Beleggeld, Strafporto	675.05
d) Neuanschaffungen und Reparaturen	57.35
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinder und Stempel	447.65
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	634.35
g) Politischegebühren	27.10
h) Sonstige Ausgaben	768.56
Summa:	3.354.11

Für Verbandsorgan:	
a) Redaktion	904.10
b) Honorar für Mitarbeit	111.50
c) Druckkosten und Papier	3.597.—
d) Porto, Beleggebühren	98.60
e) Streifenbänder für Versand	15.—
f) Abonnementsgebühren auf Beitrag verzeichnet	3.980.61
Summa:	8.706.81

Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen . . . . . 164.58

Sonstige Ausgaben:	
Beitrag an den ADGB	1.820.66
Beitrag an das Internationale Sekretariat	250.—
Delegationen und Konferenzen	42.35
Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen	30.169.91
Guthaben der Zahlstellen vom 2. Quartal 1924 zurück	4.191.60
Summa: Mk.	121.578.53

Bilanz.	
Bestand am Schlusse des 1. Quartals 1924	35.628.39
Einnahme im 2. Quartal 1924	191.265.31
Bestand und Einnahme	226.893.70
Ausgabe im 2. Quartal 1924	121.578.53
Bestand der Hauptkasse am Schlusse des 1. Quartals 1924	105.315.17
Davon waren beim Abschluß noch in den Lokalkassen	25.739.02
den Gauleitungen	5.098.71
der Hauptkasse	74.477.44
Summa:	105.315.17

Leipzig, den 12. August 1924. Ludwig Geist, Kassierer.  
Die Revisoren: Ges. Thomas Haug, Hermann Quack, Theodor Koch

## Abrechnung der Zahlstellen vom 2. Quartal 1924.

Einnahme:	
An die Hauptkasse nicht abgeführte Gelder	25.739.02
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen	30.169.91
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	24.332.79
Sonstige Einnahmen	9.223.98
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	4.191.60
Summa: Mk.	93.657.30

Ausgabe:	
Erwerbslosenunterstützung am Ort	900.70
„ „ auf der Reise	283.20
„ „ bei Krankheit	515.31
Streitunterstützung	2.637.03
Gemahregeltenunterstützung	45.87
Sterbeunterstützung	120.40
Notfallunterstützung	445.74
Rechtschutz	532.35
Agitation	5.306.93
Verwaltung (persönliche)	13.156.64
(sachliche)	8.874.08
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	4.975.11
Delegationen und Konferenzen	7.942.91
Sonstige Ausgaben	5.219.22
Guthaben bei der Hauptkasse	2.990.15
Bestand der Hauptkasse zurück	12.289.13
Summa: Mk.	66.234.77

Bilanz.	
Bestand am Schlusse des 1. Quartals 1924	20.131.88
Einnahme im 2. Quartal 1924	93.657.30
Bestand und Einnahme	113.789.18
Ausgabe im 2. Quartal 1924	66.234.77
Summa:	47.554.41
Davon gehörten der Hauptkasse	25.739.02
bleibt Bestand der Lokalkassen	Mk. 21.815.39

Ludwig Geist, Kassierer.